



„GEGENDARSTELLUNG – Mag. Grasser“ NORDAFRIKA Gefahr für die Austro-Investments

FORMAT

NR. 8
25. FEBRUAR 2011
2,90 EURO
www.format.at

P.b.b. GZ 022032103 W
Verlagspostamt 3432 Tulln
Deutschland, Italien € 3,50



ÖSTERREICHS WOCHENMAGAZIN FÜR WIRTSCHAFT & GELD

**REVOLTE
GEGEN DIE
REGIERUNG**

40 MANAGER GEGEN DEN
STILLSTAND IN DER POLITIK

SERVICE: Wie Sie sich mit der perfekten Steuererklärung jetzt mehr Geld vom Fiskus holen

POLITIK COVER



Wolfgang Eder
VOESTALPINE-GENERALDIREKTOR

„Die Zeit für taktische Spiele ist vorbei“

Die Politik muss das Land in eine geordnete Zukunft führen – durch klare Prioritäten, konsequente Entscheidungen und rasche Umsetzung. Dabei steht nicht das Interesse der Wirtschaft im Vordergrund, sondern es geht um die Sicherung der Zukunft der Menschen. Die Zeit für taktische Spiele ist längst abgelaufen.



Wolfgang Ruttenstorfer
OMV-GENERALDIREKTOR

„Ich vermisse die politische Strategie“

Der Politik fehlt die langfristige Planung. Wenn wir nicht bald in Bildung investieren, werden unsere Unternehmen in Zukunft nicht mehr von Österreichern geführt, sondern von internationalen Topleuten. Wenn bis zu den Wahlen 2013 nichts passiert, wäre ein Abstieg beim PISA-Test noch das geringste Übel.

+++ Aufstand gegen den Stillstand. Die österreichische Wirtschaftselite geht auf Konfrontationskurs zur Regierung. **+++ 40 Topmanagerinnen und -manager sprechen jetzt Klartext.** Passieren nicht rasch Reformen in zentralen Bereichen wie Bildung, begehe das Land „kollektiven Selbstmord“. **+++ Der Appell an Faymann und Pröll.** Echte Neuerungen statt kleinkarierter Klientelpolitik.

M Revolte der Manag

14 FORMAT 8 | 11



Petra Jenner

MICROSOFT-ÖSTERREICH-GESCHÄFTSFÜHRERIN

„Investments in die Bildung“

Analysen zeigen uns, dass schon 2015 nur mehr jeder zehnte Arbeitnehmer ohne Informations- und Kommunikationstechnologie auskommt. Österreich benötigt deshalb massive Investments in die Bildung, um diesen Transformationsprozess bewältigen zu können. Sonst verlieren wir den Anschluss im Standortwettbewerb.



Hans Peter Haselsteiner

STRABAG SE, VORSTANDSCHEF

„Bund und Länder neu definieren“

Ich bin für eine Verfassungsreform, die das Verhältnis zwischen Bund und Ländern neu regelt. Der wichtigste Punkt: Die gesetzgebende Kompetenz der Länder gehört abgeschafft. Dann könnten die Aufgaben von Bund und Ländern so definiert werden, dass sie sich nicht mehr gegenseitig behindern.

Es ist *das* Thema in den Gesprächen der heimischen Wirtschaftsbosse: kein Abend und keine Veranstaltung ohne Klagelied auf den politischen Stillstand in Österreich. Und die Regierung tut alles, um diesen Eindruck zu verstärken. Gab es Anfang des Jahres noch kurz die naive Hoffnung, SPÖ und ÖVP würden nun ernsthaft Sacharbeit in den Vordergrund stellen, ist dieser Anflug nach der Wehrpflicht-Diskussion wieder verschwunden. Stattdessen wird jetzt wieder bis zur letzten Sekunde über vergleichsweise Kleinigkeiten wie der Vorratsdatenspeicherung gestritten.

Ist diese große Koalition überhaupt noch in der Lage, die vier großen Reformbrocken – Bildung, Pensionen, Gesundheit, Staatsreform – anzugehen? Oder machen Faymanns SPÖ und Prölls ÖVP bis zum Wahltag weiter wie bisher? Jedenfalls war noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik der Frust über eine Regierung größer – sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Eliten.

In der Wirtschaft regt sich jetzt Widerstand gegen die Reformverweigerer. FORMAT befragte Spitzenunternehmer und Topmanager. Die Wucht und Offenheit der Antworten der habituell vorsichtigen Wirtschaftslenker überrascht. Es ist ein mehr als eindringlicher Appell an die Regierungsspitzen, endlich mit der notwendigen Arbeit für die Zukunft Österreichs zu beginnen und den politischen „deadlock“ zu überwinden. Der Ordnung halber: Alle Zitate auf dieser und den folgenden Seiten sind autorisiert.

Die Lage der Nation wird mittlerweile allgemein als brandgefährlich eingeschätzt. Wenn weiter nichts passiert, sagt etwa der Industrielle Hannes Androsch, >>

FOTOS: MICHAEL BAUJICH-SCHÖTTLEND, LUKAS ILIEN, PHILIPP HOBAKREIND, MICROSOFT

POLITIK COVER



Andreas Treichl
 CEO DER ERSTE GROUP BANK AG

„Unsere Konkurrenz setzt Reformen um“

Dass die Slowakei letzte Woche eine Staatsanleihe platziert hat, für die sie weniger Zinsen zu zahlen hat als das besser geratete Italien, sollte auch Österreich sehr zu denken geben. Unsere Konkurrenten sind Staaten, die bereit sind, notwendige Reformen umzusetzen. Und wie man bei der Slowakei sieht, mit großem Erfolg.

>> „dann begehen wir kollektiven Selbstmord“. Nun gehört das Jammern über den Zustand der Politik gerade in Österreich zum guten Ton. Neu ist aber, dass die Politik selbst als Problem betrachtet wird und für unfähig gehalten wird, Veränderungen in der Gesellschaft einzuleiten und umzusetzen.

„Bleibt Strache gesund, wird er Kanzler.“ Der Ernst der Lage wird auch durch die drastischen Formulierungen verdeutlicht, zu denen viele Manager greifen. Karl Sevelda, Vorstandsdirektor der Raiffeisenbank International, nimmt sich kein Blatt vor den Mund: „Es ist nicht Aufgabe der Politik, das Populäre zum Notwendigen zu erklären, sondern das Notwendige populär zu machen. Offensichtlich sind die Parteien mit dieser vornehmsten Aufgabe der Politik überfordert.“ Voestalpine-Generaldirektor Wolfgang Eder fordert ein „Ende der taktischen Spiele“, und der ehemalige Bauunternehmer Alexander Quester malt wie viele andere ein düsteres Zukunftsszenario: „Das Ergebnis der Regierungsarbeit ist bei der Bevölkerung vielfach Resignation und Unzufriedenheit. Damit wird unweigerlich der gefährliche Weg für radikale Gruppen frei.“

Bleibt die Regierung weiter untätig, muss „FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache nur gesund bleiben, und er gewinnt die nächsten Wahlen“, ätzt Orange-Chef Michael Krammer. Die andere Konsequenz aus der Untätigkeit der Regierung fasst Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl zusammen: Reformen müssten rasch umgesetzt werden, „weil wir sonst gegenüber Asien und Ländern anderer Regionen ins Hintertreffen geraten. Wir haben weniger Zeit, als wir glauben.“ Dass die Wut der Manager stetig zunimmt, zeigen auch die Initiativen von zwei Wirtschaftslenkern älteren Semesters. Die Volksbegehren von Hannes Androsch und Claus Raidl zu Bildung und Verwaltungsreform sind nichts anderes als Versuche, die Politikstarre zu überwinden und den Druck der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Denn das Misstrauen gegenüber der Regierung ist bereits tief verwurzelt. Das legen Umfragen diverser Meinungsforschungsinstitute der vergangenen Wochen nahe. OGM ließ beispielsweise Anfang des Jahres erheben, ob die Bevölkerung dem Vorsatz der

Regierung glaubt, von nun an gemeinsam zu arbeiten, statt öffentlich zu streiten. Nur zwölf Prozent hatten dieses Vertrauen in die Regierungsparteien, 79 Prozent glaubten nicht an einen konstruktiven und dauerhaften Koalitionsfrieden. Ähnlich das Ergebnis bei der Frage, ob die Regierung in den nächsten zwei Jahren – ohne störende Regionalwahlen – bei den großen Reformen Schule, Gesundheit,

Verwaltung und Unis etwas voranbringen werde: Nur 21 Prozent halten das für möglich, 70 Prozent glauben nicht mehr an die Reformkraft der Regierung. Auch eine aktuelle Umfrage des market-Instituts bestätigt die Unzufriedenheit. Sie kommt zu dem Schluss, dass 60 Prozent mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen



Claus Raidl
 PRÄSIDENT DER OESTERR. NATIONALBANK

„Verhandeln, bis weißer Rauch aufsteigt“

Die politische Defense ist während der Krise gut gelungen, nun braucht es ein Offensivprogramm. Josef Pröll sollte sich auf seine Rede 2009 besinnen und verhandeln, bis weißer Rauch aufsteigt. Also: nicht vom großen Wurf träumen, sondern punktuell Reformen beginnen, auch wenn das Krieg mit den Bundesländern bedeutet.



Günter Thumser
 CEO HENKEL CEE

„Die Erstarrung schadet Österreich“

Die absolute Erstarrung der Politik ist gerade deshalb schlimm und erstaunlich, weil Österreichs Nachbarländer sehr dynamisch agieren. Das verstärkt die hierzulande ohnehin weniger leistungsorientierte Grundhaltung. Gerade der Bildungs- und Sozialbereich muss reformiert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben.



Evelyn Schödl
 GESCHÄFTSFÜHRERIN VON GLAXOSMITH KLINE

„Die Gesellschaft schreit nach Reformen“

Die Gesellschaft schreit nach Reformen, wenn die Politik sie dann aber implementiert und sie den Einzelnen treffen, wird sie häufig bei den nächsten Wahlen abgestraft. Am dringendsten muss das Blockieren bei Bildung und Gesundheit aufgehört werden. Auch für wesentliche Themen wie Migration und Frauen fehlen Ideen.



Harald Sommerer
 VORSTAND DER ZUMTOBEL GROUP

„Wir brauchen eine neue Gesprächskultur“

Die politische Diskussion in Österreich verliert sich in einem kurzfristigen Hickhack. So kommen wir nicht voran, und auch die Wähler sind dessen längst überdrüssig. Wir brauchen eine neue Gesprächskultur, in der kritische Themen offen und sachgerecht diskutiert und nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden.



Karin Exner-Wöhrer
 CFO DER SALZBURGER ALUMINIUM AG

„Reformvorschläge tatsächlich umsetzen“

Wenn sie es selbst nicht schaffen, sollten sich Bundes- und Landespolitiker gemeinsam auf eine Expertengruppe einigen, die Reformvorschläge zu den wichtigen Themen wie Verwaltung und Bildung macht. Anders als bisher sollten diese dann aber auch tatsächlich als bindend betrachtet und wirklich umgesetzt werden.



Karl-Heinz Strauss
 VORSTANDSVORSITZENDER DER PORR AG

„Stillstand führt zu Politikverdrossenheit“

Mit dem Stillstand wird die Politikverdrossenheit weiter steigen, das führt zu noch niedrigerer Wahlbeteiligung und zur Stärkung extremer Gruppierungen. Reformen basieren auf Ideen aus der Praxis. Ich könnte mir daher einen intensiveren und unbürokratischen Erfahrungsaustausch zwischen Politik und Wirtschaft vorstellen.



Toni Mörwald
 GROSSGASTRONOM

„Kreativität und Dynamik fehlen“

Für dringende Reformen fehlt es offenbar an Leadership. Die Kreativität und Dynamik österreichischer Unternehmer ist der Politik nicht gegeben. Im Gegenteil: Vor allem die Überbürokratisierung lähmt das Land, es braucht eine schlanke und zielgerichtete Verwaltung. Wann werden die Ankündigungen endlich eingelöst?



Heimo Scheuch
 VORSTANDSVORSITZENDER DER WIENERBERGER AG

„Österreich als Vorreiter positionieren“

Klimawandel, knappe Ressourcen und steigende Energiepreise zählen zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir besitzen in Österreich umfassendes Know-how und viel Potenzial in der Forschung und Entwicklung. Das Ziel sollte es daher sein, Österreich international als Vorreiter zu positionieren.



Hansjörg Tengg
 GESCHÄFTSFÜHRER SMART TECHNOLOGIES

„Wir stecken im politischen ‚deadlock‘“

Politiker betreiben Klientelpolitik, um im Amt zu bleiben und die Karriere abzusichern. Große Reformen sind so unmöglich, es kommt zu teuren Minimallösungen. Die Anliegen der Jugend vertritt niemand. Ausweg? Eine Internetbewegung zur Befreiung von den systematischen Blockaden durch Verfassungsbestimmungen.



Wolfgang Hesoun
 SIEMENS-ÖSTERREICH-GENERALDIREKTOR

„Die Reformverweigerung ist rätselhaft“

Meiner Auffassung nach wird die Regierung unter Wert gehandelt. Österreich gehört zu den Ländern, die die Krise am besten gemeistert haben. Aber: Eine grundlegende Reform des Bildungswesens ist dringend geboten. Es ist rätselhaft, warum hier und beim Thema Verwaltungsvereinfachung Reformverweigerung stattfindet.



Alexander Quester
 FISCHZÜCHTER, EX-BAUSTOFFUNTERNEHMER

„Nichtstun ebnet den Radikalen den Weg“

Ich spüre einen massiven Vertrauensverlust in handelnde Personen und in Europa. Wer durch Machterhalt und Maximierungsdenken darauf konditioniert wird, sich nur selbst Vorteile zu verschaffen, verliert jedes Solidaritätsgefühl. Die daraus folgende Unzufriedenheit in der Gesellschaft ebnet radikalen Gruppen den Weg.



Burkhard Ernst
 VORSTANDSVORSITZENDER VON MAZDA RAINER

„Wirtschaft ist ins Hintertreffen geraten“

Was mir derzeit fehlt, ist eine Rückkehr zur Sachpolitik. Die Politik ist vom Populismus geprägt, außer politische Grabenkämpfe sehen wir derzeit wenig von Reformen. Das Thema Wirtschaft ist überhaupt ins Hintertreffen geraten, alle gehen davon aus, dass die Krise überwunden ist. Meine Erfahrungen zeigen ein anderes Bild.



Hannes Androsch
 INDUSTRIELLER

„Wenn nichts passiert, ist das Selbstmord“

Politische Tätigkeit beruht auf einem Mandat, mit dem das Volk die Politik beauftragt. Wenn wegen wechselseitiger Blockaden keine Umsetzung stattfindet, dann muss der Souverän, also jeder von uns, das stillstehende Schwungrad wieder in Bewegung setzen. Denn wenn nichts passiert, begehen wir kollektiven Selbstmord.



Sigi Menz
 OTTAKRINGER-KONZERN-CHEF

„Nicht nur feige, sondern fahrlässig“

Die Politik versinkt in Lethargie und wechselseitiger Lähmung. Was hier getrieben wird, ist schlicht verantwortungslos. Wir leben aktuell von der Substanz, also von der Vergangenheit. Das ist nicht nur feige, sondern fahrlässig. Wer jetzt nichts gegen den Stillstand tut, macht sich mitschuldig. Wir verspielen die Zukunft unserer Kinder.



Martina Dobringer
 VORSTANDSVORSITZENDE COFACE AUSTRIA

„Stillstand kann Arbeitsplätze kosten“

Am wichtigsten wären verstärkte Investitionen in Wissenschaft und Forschung sowie eine umfassende Modernisierung des Bildungsbereichs. Wir brauchen endlich eine neue Aufbruchsstimmung in Richtung Wissensgesellschaft – sonst verliert Österreich im globalen Wettbewerb an Boden; das kostet wertvolle Arbeitsplätze.



Michael Krammer
 GESCHÄFTSFÜHRER VON ORANGE

„Mehrheitswahlrecht gegen die Lähmung“

Ein Mehrheitswahlrecht könnte helfen, die koalitionären Lähmungen zu überwinden. Wenn man nicht an die Fähigkeit zur Erneuerung der bestehenden politischen Vertreter glaubt, müssen die wichtigen Themen außerparlamentarisch initiiert werden – als Gegenpol zur derzeitigen „Diktatur des Boulevards“.



Ludwig Scharinger
 RAFFEISENLANDESBANK OÖ AG

„Die Jugend wird den Aufstand proben“

Vor 40 Jahren sind die Österreicher im Schnitt 70 Jahre alt geworden und mit 63 Jahren in Pension gegangen. Heute ist die Lebensarbeitszeit kürzer, das durchschnittliche Pensionsantrittsalter früher und die Lebenserwartung höher. Diese Budgetbelastung wird sich die jüngere Generation auf Dauer nicht gefallen lassen.



Franz Wohlfahrt
 NOVOMATIC-GENERALDIREKTOR

„Der Stillstand kostet uns Milliarden“

Eine mutige Politik, die nicht auf ihre Klientel Rücksicht nimmt, sondern Reformen auch gegen Widerstände durchsetzt und unpopuläre Entscheidungen riskiert, wird langfristig auch von den Wählern honoriert werden. Der Stillstand ist volkswirtschaftlich schädlich – hinausgeschobene Reformen kosten uns jährlich Milliarden.



Gabriela Benz
 MANAGERIN LE MÉRIDIEN

„Schafft die Bundesländer ab“

Oberflächliche Kosmetik überdeckt die Tatsache, dass sich die Politik vor grundlegenden Fragen drückt. Das Volk sollte nicht für dumm gehalten werden und die Meinungsbildung nicht nur über die Medien geschehen. Die Bundeskompetenz müsste gestärkt werden, die Länder zurückgedrängt oder abgeschafft werden.



Robert Hartlauer
 GESCHÄFTSFÜHRER HARTLAUER

„Österreich muss raus aus der EU“

In der österreichischen Politik werden nur Scheindiskussionen geführt, weil die wichtigen Entscheidungen in Brüssel fallen. Dabei müsste die Politik doch interessant für die Bürger sein und zeigen, dass sie entscheidungsfähig ist. Seit dem Lissabon-Vertrag bin ich für einen Ausstieg aus der EU zurück in den EWR.



Ali Rahimi
 TEPPICHHÄNDLER

„Die Wirtschaft braucht Bewegung“

Österreich ist ein sicherer Wirtschaftsstandort. Die Wirtschaft braucht aber Bewegung und Reformen – sowohl bei Ausgaben als auch den Einnahmen des Staates. Ich bin durchaus bereit, Steuern zu zahlen, auch Vermögenssteuern, wenn das Geld für Bildung ausgegeben wird. Schließlic profitieren wir Unternehmer davon.



Gerhard Schilling
GESCHÄFTSFÜHRER VON ALMDUDLER

„Nicht auf Nebenschauplätzen verweilen“

Ich wünsche mir Ernsthaftigkeit und eine professionelle Herangehensweise in der Politik. Große Reformthemen wie Bildung, Verwaltung, Gesundheit und Pensionen kann man nicht im Auge behalten, wenn auf Nebenschauplätzen wie der Wehrpflicht-Debatte politisches Kleingeld und mediale Aufmerksamkeit gesammelt werden.



Ulrike Rabmer-Koller
GESELLSCHAFTERIN VON RABMER-BAU

„Neue Belastungen sind bedauerlich“

Bedauerlicherweise konzentrieren sich Teile der Koalition derzeit darauf, neue Belastungen zu erfinden, anstatt sich ernsthaft mit der Budgetsanierung zu beschäftigen. Wenn wir uns nicht weiterentwickeln, werden wir von anderen Ländern überholt, in denen es keine langwierigen Debatten über ineffiziente Strukturen gibt.



Hans Staud
STAUD'S WIEN

„Unternehmen gäbe es nicht mehr“

Als Unternehmen gäbe es uns nicht mehr, handelten wir so langsam und ineffizient wie die Politik. Es herrscht allgemein das Klima der Agonie, dabei brauchen wir dringend eine Verwaltungsreform. Die Bürokratie nimmt überhand, und viele bürokratische Erfordernisse sind nicht aufeinander abgestimmt.

>> der Regierung unzufrieden sind. Ein ernüchternder Befund, der sich mit den Eindrücken der heimischen Wirtschaftselite deckt.

Auch über die offenen Baustellen in Österreich herrscht Konsens, und es sind genug Expertenpapiere erstellt worden. Reformen braucht es an den Schulen und Universitäten, Effizienzpotenziale können in den Spitälern gehoben werden, die Pensionen müssen dem demografischen Wandel angepasst und die Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden neu geordnet werden, um damit die Verwaltung zu vereinfachen. All das ist bekannt – und dennoch passiert nichts.

Wie wird der Stillstand überwunden? Die entscheidende Frage an die Manager lautete daher: Wie kommt Bewegung in den Stillstand? Die Antworten auf diese Fragestellung lassen sich in zwei Gruppen unterteilen. Zum einen beschäftigen sich viele Befragte mit der Analyse der aktuellen Blockadesituation. Daraus werden in einem zweiten Schritt die Schlüsse abgeleitet, wie die Situation aufgebrochen werden kann. Glaubt man den heimischen Wirtschaftsbossen, leidet die österreichische Politik an drei Grundübeln: Politik wird von den Regierungsparteien und ihren Spin-Doctoren als PR-Show mit taktischen Spielchen präsentiert, wo der kurzfristige Erfolg über den Gegner alles andere dominiert. Harald Sommerer, CEO der Zumtobel Group, spricht stellvertretend für viele Managerkollegen: „Die politische Diskussion in Österreich verliert sich in einem kurzfristigen Hickhack, um vermeintliche politische Vorteile zu erzielen. So kommen wir nicht voran, und auch die Wähler sind dessen längst überdrüssig.“

Die zweite Krankheit, an der Österreichs Politik laboriert, ist das alles überlagernde Bund-Länder-Machtgefüge, in dem sich alle Akteure gegenseitig blockieren. Veränderungen dieser Doppelgleisigkeiten und Bürokratieabbau fordern Claus Raidl, ehemals Boehler-Uddeholm-Chef, Strabag-Chef Hans Peter Haselsteiner und Berndorf-Präsident Norbert Zimmermann.

Und zum Dritten gibt es die immer lauter werdende Kritik, dass Politiker ausschließlich ihre Klientel bedienen. Zu beobachten sei das bei den Bauern, Beamten, Pensionisten und bestimmten Arbeitnehmergruppen wie jenen der ÖBB. Damit wird die politische Arbeit reduziert auf den eigenen Machterhalt, große Reformprojekte werden unmöglich. Denn politische Lösungen kommen so nie über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus und sind damit auch noch die teuersten. Immer weniger vertreten in dieser Klientelpolitik ist die junge Generation, die sich von den etablierten Parteien abwendet und von Protestbewegungen wie der FPÖ aufgesammelt wird.

Ausgehend von der Analyse des Status quo finden sich auch einige Vorschläge für Wege aus der Sackgasse. Und auch sie haben einen gemeinsamen Ansatz: Die Bevölkerung ist nicht mehr interessiert am kleingeistigen Parteien-Hickhack und längst bereit für Ver-



Monika Langthaler
GESCHÄFTSFÜHRERIN VON BRAINBOWS

„Die Politik verliert das Gefühl für das Volk“

Was haben Berlusconi, Herr von und zu Guttenberg und die österreichische politische Elite gemeinsam? Sie verlieren alle das Gefühl für die Bedürfnisse „ihres Volkes“. Die meisten unserer PolitikerInnen wollen bewahren, bloß nichts verändern und es allen recht machen. Damit scheitert jedes politische System.

FOTOS: RENE PROHASKA (3); EVA SCHIMMER, RUDI FROESE, LUKAS BECK, INGO PERTRAMER, PEROUTKAWIRTSCHAFTSBLATTPICTUREDESK.COM, STÖGMÜLLERNEWS, BÜRGERNEWS, MICHAEL HAUSCH-SCHOTT/TREND, ZACH-KIESLINGNEWS, VUKOVITSNEWS



Norbert Zimmermann
 AUFSICHTSRATSPRÄSIDENT BERNDORF AG

„Das Land liegt in den Händen von Beamten“
 Wenn die Politik nicht handelt, liegt das Land in den Händen von Beamten, die es administrieren. Was zu tun ist, ist bereits seit zwanzig Jahren wunderbar dokumentiert. Man sollte deshalb beide Koalitionäre herzlich positiv motivieren, loszulegen, denn permanente Kritik oder gar Neuwahlen sind auch nicht die Lösung.

>> änderungen. Diese müssten allerdings glaubhaft kommuniziert und Maßnahmen gemeinsam umgesetzt werden. Damit wäre die PR-Show der Regierungsparteien endlich beendet, und echte Reformen könnten als gemeinsame Regierungsprojekte präsentiert werden. Wenn es dafür noch nicht reichen sollte, rechnen einige der Befragten auch mit immer mehr Widerstand aus der Zivilgesellschaft.

Wutbürgern also, die zum Teil auch über soziale Plattformen im Internet ihren Ärger in konkreten Formen des Protests ausdrücken. Aktuelle Beispiele sind die beiden prominenten Manager Androsch und Raidl, die über den Weg von Volksbegehren den Unmut in der Gesellschaft zu transportieren versuchen. Und schließlich gibt es noch ein Mittel, das letztlich für gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen sorgen wird: das Geld. Der Präsident des Managementclubs, Herbert Paierl, sieht darin die einzige Chance, das starre politische System aufzubrechen: „Erst wenn dem Staat das Geld ausgeht und der erschöpfte Steuerzahler bereit ist, dagegen aktiv lautstark in ‚Tagen des Zornes‘ zu protestieren, kommt Bewegung ins System.“ Bis dahin wird es aber noch dauern. Denn bei aller Kritik am Stillstand ist festzuhalten: Noch funktioniert Österreichs Wirtschaft, und das Wohlstandsniveau ist hoch. Darum wird vorerst alles bleiben, wie es ist – und Bildungs-, Arbeitsplatz- und Pensionsreformen reines Stückwerk. Was passiert also, wenn nichts passiert? OMV-Chef Wolfgang Ruttenstorfer formuliert es trocken: „Ein Abstieg beim PISA-Test wäre dann noch das geringste Übel.“

– MARTINA BACHLER, BARBARA NOTHEGGER, MARTINA MADNER, MARKUS PÜHRINGER



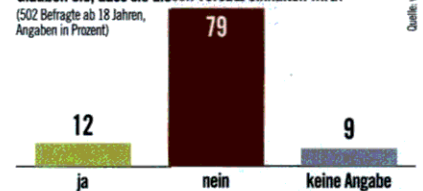
Christoph Leitl
 Wirtschaftskammerpräsident

„Drückt sich die Regierung weiter vor Reformen, bringt sie die Wähler gegen sich auf.“

Kein Vertrauen mehr in die Regierung

„Die Regierung hat sich zu Jahresbeginn vorgenommen, gemeinsam zu arbeiten, statt öffentlich zu streiten. Glauben Sie, dass sie diesen Vorsatz einhalten wird?“

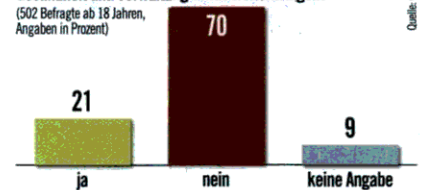
(502 Befragte ab 18 Jahren, Angaben in Prozent)



KOALITIONSKLIMA. 79 % glauben nicht an den Neujahrsvorsatz der Regierung.

„Wird die Regierung in den nächsten beiden Jahren bei den versprochenen großen Reformen von Schule, Unis, Gesundheit und Verwaltung etwas weiterbringen?“

(502 Befragte ab 18 Jahren, Angaben in Prozent)



REFORMEIFER. 70 % erwarten keine großen Reformen in den nächsten zwei Jahren – obwohl keine Wahlen stattfinden.

initiative

Auf „rot-weiß-roter“ Tour, damit die Reformen an Fahrt gewinnen

Agenturchef Dietmar Ecker setzt auf Eigeninitiative und will in ganz Österreich Reformideen sammeln.

Dynamik in den öffentlichen Diskurs bringen – das ist das Ziel von PR-Unternehmer Dietmar Ecker. Dafür hat sich der Eigentümer von Ecker & Partner eine eigene Initiative ausgedacht: Unter dem Motto „Der rot-weiß-rote Faden“ will er heuer ganz Österreich mit einem Tourbus abklappern und für politische Reformen werben.

Parteilpolitik ist dabei unerwünscht. „Ich suche derzeit Prominente aus Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, die mit mir auf Tour gehen wollen und kraft ihrer Persönlichkeit die Menschen für neue Ideen

begeistern“, verrät Ecker. Der rot-weiß-rote Faden soll sich abseits der Parteilpolitik quer durch die Zivilgesellschaft ziehen. Politiker will der langjährige Politberater deshalb nicht bei seiner Initiative dabei haben: „Unsere Themen sind ohnehin nicht parteilpolitisch.“ Bei Bildung, Pensionen und Armut etwa herrsche über die Parteigrenzen hinweg ein breiter gesellschaftlicher Konsens, meint Ecker. Des-

halb der Aufruf: „Ich bin für Teilnehmer offen. Jeder, der mitmachen möchte, soll sich bei mir melden.“

Finanziers gesucht. Die Österreich-Tour braucht auch noch finanzielle Unterstützung, möglichst breit gefächert – so kann die Unabhängigkeit des rot-weiß-roten Fadens gewahrt bleiben. Der PR-Berater setzt sich deshalb dafür ein, dass die von ihm eingefädelt Initiative vor allem von privaten Sponsoren getragen wird. Infos unter Ecker & Partner: www.eup.at

PR-AGENTUR-BOSS ECKER: „Ich suche Prominente, die kraft ihrer Persönlichkeit für Ideen begeistern.“





Tina Reisenbichler
 GESCHÄFTSFÜHRERIN DER MONOPOLVERWALTUNG

„Der Stillstand nützt letztlich der FPÖ“

Die Politik braucht Persönlichkeiten mit Rückgrat, die nicht nur einen realistischen Reformplan entwickeln können, sondern auch zu ihren Vorhaben stehen und sich nicht von Querschüssen aus den hinteren Reihen irritieren lassen. Denn der Stillstand nützt letztlich keiner der beiden Großparteien, sondern der FPÖ.



Günter Geyer
 KONZERNLEITUNG VIENNA INSURANCE GROUP

„Österreich braucht Leistungsorientierung“

Es braucht offenbar namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Kultur, die die Initiative ergreifen, damit Bewegung in das Land kommt. Maßnahmen im Bildungs- und im Gesundheitsbereich sind besonders dringend, um zukünftige Arbeitsplätze zu sichern. Was Österreich generell braucht: mehr Leistungsorientierung!



Andreas Gerstenmayer
 VORSTANDSVORSITZENDER DER AT&S

„Österreich verliert an Substanz“

Europa und damit auch Österreich verliert kontinuierlich an Substanz seiner Wertschöpfungsbasis. Der über viele Jahrzehnte erarbeitete Vorsprung schmilzt zunehmend. Die regierenden Parteien haben die Verantwortung, den Rahmen für die Zukunft so zu gestalten, dass auch künftige Generationen erfolgreich bestehen können.



Eduard Zehetner
 VORSTANDSVORSITZENDER IMMOFINANZ GROUP

„Kuriose Situation des Dauerwahlkampfes“

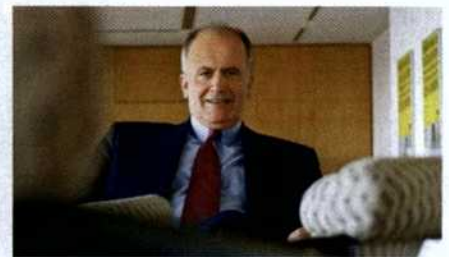
Österreichs Politiker müssen lernen, mit- und nicht gegeneinander zu arbeiten. Wir haben die kuriose Situation, dass die Legislaturperiode 2007 auf fünf Jahre ausgedehnt wurde, damit Österreich nicht im Dauerwahlkampf erstarbt. Trotzdem blieben Reformen ab dem ersten Tag der neuen Regierungsbildung auf der Strecke.



Claudine Vartian
 MANAGING-PARTNERIN, DLA PIPER WEISS-TESSBACH

„Reformen statt Auslagerungen“

Derzeit scheint es so zu sein, dass der Staat zwar immer mehr hoheitliche Funktionen an die Privatwirtschaft auslagert und damit für die davon betroffenen Unternehmen Kosten und Zeitaufwand verursacht, selbst aber nicht bereit ist, für die Privatwirtschaft vorteilhafte Reformen und Steuersenkungen anzugehen.



Karl Sevelda
 VORSTAND RAIFFEISENBANK INTERNATIONAL

„Das Notwendige populär machen“

Die Politik müsste das Notwendige populär machen, aber offensichtlich ist sie von dieser Aufgabe überfordert. Es bedarf vorausschauender, mutiger, unkonventioneller Persönlichkeiten, die in der Politik leider selten vorkommen. Der Bürger ist mündiger, als mancher Politiker dies denkt – und möglicherweise auch wünscht!



Herbert Paieryl
 PRÄSIDENT MANAGEMENTCLUB

„Tage des Zornes auch in Österreich“

Der politische Stillstand wird erst überwunden werden, wenn der Staat pleite ist und die Steuerzahler bereit sind, dagegen lautstark in Form von „Tagen des Zornes“ zu protestieren. Bis dahin ist der Wohlstand für zukünftige Generationen verspielt. Offenbar muss die Krise sehr tief gehen, damit sich etwas ändert.



Leo Windtner
 GENERALDIREKTOR DER ENERGIE AG OÖ

„Politik muss Führungsqualität beweisen“

Wann, wenn nicht jetzt, besteht die Chance auf Reformen? Die Politik muss mutig vorgehen und Führungsqualität beweisen, dann wird sie auch Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns nicht mehr nur in Europa behaupten müssen, sondern gerade Indien oder China mit großen Schritten aufholen.



Gabriele Ströck
 GESCHÄFTSFÜHRERIN DER STRÖCK BROT GMBH

„Kurzfristige Erfolge sind nicht zielführend“

In der Wirtschaft weiß man, dass kurzfristige Erfolge auf Kosten der Nachhaltigkeit nicht zielführend sind – dieses Denken müsste sich auch in der Politik durchsetzen. Es muss allen klar sein, dass wir unseren Lebensstandard, unsere sozialen Errungenschaften und die Sicherheit gefährden, wenn nichts passiert.